

- öffentlich -

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen BB Blankenfelde-Mahlow, BVBB-WG, CDU, DIE LINKE, FWR/WBM/FDP und SPD/Die Grünen zum Fraktionsantrag 7/2012 der Fraktion BVBB-WG

für die Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow am 29.11.2012

TOP	Position der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow zum Standort des Flughafens BER in Berlin-Schönefeld
-----	---

Beratungsfolge

Datum	Gremium	Ergebnis
10.05.2012	Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenfelde - Mahlow	zur Beschlussfassung
30.05.2012	Flughafenausschuss der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	zur Vorberatung
05.09.2012	Flughafenausschuss der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	zur Vorberatung
29.11.2012	Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	zur Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow stellt fest, dass der Standort Schönefeld für einen Großflughafen ungeeignet ist.

Die Landesregierung von Brandenburg wird aufgefordert, auf der Grundlage des Raumordnungsverfahren aus dem Jahr 1994 sofort grundsätzliche und vorbereitende Planungen für einen neuen Flughafenstandort in raumplanerisch geeigneten Regionen zu beginnen, die eine drohende Überschreitung der beantragten Kapazitäten von 360.000 Flugbewegungen/p.a. durch weiteren Ausbau oder intensivere Nutzung der vorhandenen Infrastruktur am Standort Schönefeld, ausschließt.

Bis zur Vorlage eines schlüssigen und umsetzbaren Konzeptes darf es keine Entscheidungen hinsichtlich einer anderweitigen Nutzung potenzieller Ergänzungs- oder Ersatzstandorte geben. Die Gemeindevertretung fordert die Landesregierung auf, die bereits auf Verwaltungsebene eingeleiteten Maßnahmen zu deren Entwidmung sofort zu stoppen und so Alternativstandorte für einen Großflughafen zu sichern bzw. offen zu halten, die vor allem unter den Gesichtspunkten der Umweltverträglichkeit und der Wirtschaftlichkeit tragfähig sind.

Hierzu ist es erforderlich, über die Gemeinsame Landesplanung (GL) eine Änderung des Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) bezüglich der Festlegung in Punkt 6.6 (Z) zu erreichen.

Die Mitglieder der Landesregierung Brandenburgs werden aufgefordert, auf allen zuständigen fachlichen und politisch maßgeblichen Ebenen die Geschäftsführung und Gesellschafter der FBB GmbH sowie die ihnen weisungsberechtigten Gremien von der Richtigkeit und der Notwendigkeit der o.g. konzeptionellen Neuausrichtung des Unternehmens und deren mittelfristige Umsetzung zu orientieren.

Begründung

Bekanntermaßen ist im sogenannten Raumordnungsverfahren für den BBI/BER im Jahr 1994 Schönefeld im Landkreis Dahme-Spreewald als der ungeeignetste Standort beurteilt worden.

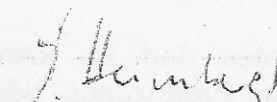
Wie wir wissen ist, ungeachtet dieser seinerzeit fachlich begründeten Beurteilung, Schönefeld aufgrund politischer Entscheidungen dennoch als Standort ausgewählt worden. Verschiedene Bürgerinitiativen haben zahlreiche Dokumente aufgetan, welche diese falsche Standortwahl in einer schonungslosen Offenheit zweifelsfrei belegt.

In einem Vermerk des Landesumweltamtes wird gegenüber dem damaligen Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung auf die dramatischen Gesundheitsfolgen des Standortes Schönefeld hingewiesen und das aus diesem Grund der Standort ausgeschlossen werden muss, um "das grundgesetzlich geschützte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (GG Art. 2 (2)) gewährleisten zu können".

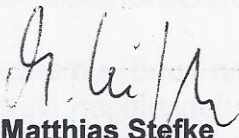
Im Übrigen wird die Kapazitätsgrenze in einer überschaubaren Zahl von Jahren erreicht sein, die eine Erweiterung erforderlich macht. Diese wäre jedoch für die sog. Umlandgemeinden und ihre Bewohner mit einer zusätzlichen unzumutbaren Lärmbelastung und einer weiteren Einschränkung kommunaler Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verbunden und muss deshalb unter allen Umständen unterbleiben.

Der Brandenburger Landtag hat sich per Beschluss im Februar d.J. bereits gegen eine Erweiterung des BER am Standort Schönefeld ausgesprochen.

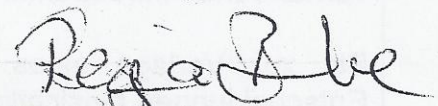
Daher muss die Landesregierung bereits heute die Lösung des Problems, des nicht erweiterungsfähigen BER am Standort Schönefeld angehen und den langwierigen Planungs- und Genehmigungsprozess für einen Erweiterungs- bzw. Ersatzstandort anstoßen.



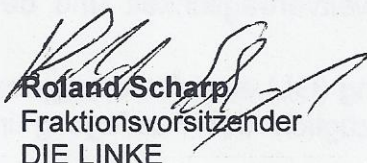
Bernd Heimberger
Fraktionsvorsitzender
BB Blankenfelde-Mahlow



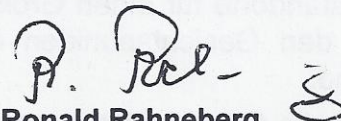
Matthias Stefke
Fraktionsvorsitzender
BVBB-WG



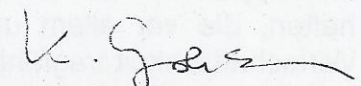
Regina Bomke
Fraktionsvorsitzende
CDU



Roland Scharp
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE



Ronald Rahneberg
Fraktionsvorsitzender
FWR/WBM/FDP



Katja Grassmann
Fraktionsvorsitzende
SPD/Die Grünen